

# Neuwittenbeker

NEUWITTENBEK  
FÜR ENGHOLM

# Dorf- Geplüster

15. Jhg.

Bürgerzeitung für das Gemeindegebiet  
Unsere 72<sup>te</sup> Ausgabe

Nr. 1

## Schleswig-Holstein hat wieder einen guten Namen



Seit 1988 regiert Björn Engholm in Schleswig-Holstein. Nach fast vier Jahren sozialdemokratischer Reformpolitik steht fest: Schleswig-Holstein hat wieder einen guten Namen. Ohne Zweifel: Das Land ist aus den Negativschlagzeilen heraus. Es hat jetzt nach Aussage vieler Kommentatoren eine Regierung, um die es von anderen beneidet wird. Und die hat tatsächlich eine ganze Menge bewegt. Ein Blick in die Landtagsprotokolle beweist es: Fast 100 Gesetze wurden in dieser Wahlperiode geändert oder neu erarbeitet. Noch nie haben in einem deutschen Bundesland Regierung und Parlament so viel und so schnell gearbeitet. Die Verfassung wurde reformiert, in großen Politikfeldern wie Umweltpolitik und Frauenpolitik mußten die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein bei Null anfangen. Was das erste Kabinett Engholm leistete, ergibt eine mehr als erfolgreiche Bilanz. Der Ministerpräsident selbst ist eher bescheiden: „Schleswig-Holstein ist heute nicht ohne Sorgen, aber es ist unbestreitbar wirtschaftlich stärker denn je, ökologisch vorbildlicher als viele andere, sozialer Gerechtigkeit verpflichtet und politisch angesehen weit über die eigenen Grenzen hinaus. Wir haben eine wichtige Etappe auf dem Weg zu Schleswig-Holsteins Zukunft erfolgreich zurückgelegt. Daran wollen wir weiterarbeiten. Der Zukunft verpflichtet und den Traditionen unseres Landes verbunden. Damit Schleswig-Holstein Kurs hält, werben wir für eine klare, regierungsfähige Mehrheit am 5. April.“

Ministerpräsident Björn Engholm steht für eine Reformpolitik, die der Zukunft verpflichtet und in Traditionen des Landes verwurzelt ist

# Bauschutt...

Der Sonder-Ausschuß beim Kreis Rendsburg-Eckernförde, der sich ausschließlich mit der Standortfrage beschäftigte, scheint aktiv geworden zu sein. Es soll eine Standortauswahl geben. Die Neugier bei uns ist natürlich groß; was ist mit **unserem Standort**? Auf Nachfrage teilte unsere Kreistagsabgeordnete Gisela Matte mit, zu jeder Fraktionssitzung werde die Vorstellung der Standorte angekündigt (und wieder abgesetzt).

Aufgrund einer Anfrage der Neuwittenbeker SPD-Fraktion hat der Bürgermeister nachgefragt. Der stellvertr. Leiter des Kreis-Umweltamtes habe ihm fernmündlich bestätigt, daß seitens des Kreises vier Bauschuttstandorte dem Land gemeldet wurden, wobei kein Standort aus dem Dänischen Wohld genannt wurde, insbesondere auch nicht Annenhof/Warleberg.

Eine schriftliche Aussage - die die SPD nach ein ähnlichen Aussage des Bürgermeisters auf der Einwohnerversammlung gerne gesehen hätte - gibt es weiter nicht.

Die neu zu erarbeitende **Weißflächenkartierung** ist fertig erstellt, liegt der Öffentlichkeit aber nicht vor. Allerdings soll das Gebiet von der L 46 am Kattendiek entlang über den Annenhof bis hin zur Warleberger Mühle darin als Weißfläche enthalten sein.

Der Umweltausschuß des Kreises setzt den Weg zur Neuorganisation der Abfallwirtschaft fort: am 23. März soll der Kreistag der Gründung einer **Verwertungs-GmbH** zustimmen. Der Kreis hält als Hauptgesellschafter 51 Prozent. Michael Scholz, Umweltausschußvorsitzender, hierzu: "Damit haben wir die Vorteile der Privatwirtschaft und behalten dennoch alle Zugriffsmöglichkeiten der öffentlichen Hand." Hoffen wir, daß sich die "öffentliche Hand" schützend über unsere Gemeinde legt. Denn erinnert sei nochmals an den Kreistagsbeschuß vom 5. März 1990, mit dem der Annenhofer Standort - zumindest vorläufig - aufgegeben wurde.

Unter anderem um das Gebiet am Annenhof vor ungewolltem Zugriff (z.B. Bauschutt-Receyling-Anlage) zu schützen, beschloß die Gemeindevertretung am 19. März 1990 für jenes Gebiet einen **Bebauungsplan** aufzustellen; zur Absicherung der gemeindlichen Planungshoheit verhängte die Gemeinde zudem eine sog. **Veränderungssperre**. Diese wäre von Gesetzes wegen automatisch am 17. April 1992 ausgelaufen. Jetzt beschloß der Gemeinderat - auf Antrag der SPD-Fraktion

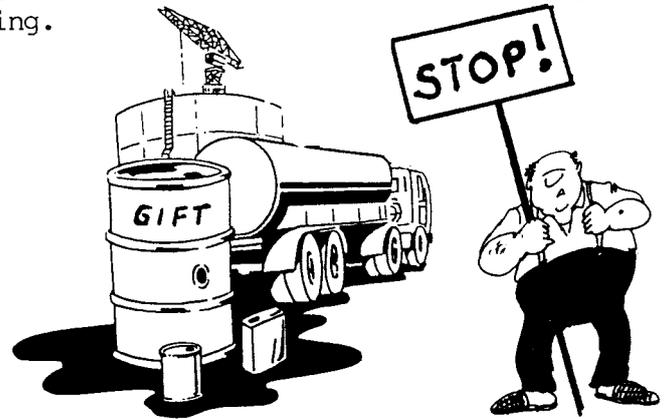
- eine einjährige Verlängerung der Veränderungsperre.

Die Firma **SANÖ**, die seinerzeit gegründet wurde, um in Warleberg/Annenhof die geplante Bauschuttzubereitungsanlage zu betreiben, existiert immer noch, und zwar mit Firmensitz in Neuwittenbek. Fragt sich nur, zu welchem Zweck sie weiterhin besteht, wenn es doch angeblich bei uns in der Gemeinde gar keine Bauschuttanlage mehr geben soll.

Na bitte, Herr Landrat

"Wir haben den Grundsatz der Öffentlichkeit von Ausschusssitzungen. Deshalb würde ich den Ausschluß stets sehr restriktiv handhaben", erklärte Landrat Bellmann kurz vor Weihnachten. Der Landrat kritisierte damit die "Geheimverhandlungen" des Kreis-Umweltausschusses; konkret ging es um die Organisationsform der Abfallwirtschaft auf Kreisebene. (Der Ausschuß wies Bellmanns Kritik entrüstet zurück.)

Ähnliche Kritik am Umweltausschuß gab's auch schon aus Neuwittenbek, als es um die Standortauswahl für die Bauschuttdeponie ging.



## BI - ELAN

Auch wenn die Bürgerinitiative in jüngster Zeit nicht mehr so spektakulär in die Öffentlichkeit trat, es gibt sie noch, die BI ELAN. Sie war auch nicht untätig. So gab es regelmäßige Zusammenkünfte der Mitglieder - und das wird auch so bleiben, heißt es seitens der BI ELAN.

Neben der Verhinderung der Bauschuttanlage soll die Aufstellung der gemeinsamen Landschaftsplanung für die Gemeinden Schinkel, Tüttendorf und Neuwittenbek begleitet und in erster Linie unterstützt werden. Hierzu erarbeitete die BI einen 5-Punkte-Plan. Nach Eigeneinschätzung wäre der gegenwärtige Stand bei der Landschaftsplanung - ohne die Aktivitäten der BI - noch lange nicht erreicht. Wie Dr. Jörg Bielefeld dem Dorf-Geflüster mitteilte, war die BI durchaus tätig. So bestanden Kontakte z.B. mit dem Planungsbüro Mordhorst, das die Land-

schaftsplanung für Blekendorf erarbeitete. Gespräche mit den drei betroffenen Bürgermeister, mit dem Büro Asmussen (welches voraussichtlich die hiesige Planung übernehmen wird) und mit dem Naturschutzverein Neuwittenbek wurden geführt.

Die BI hat sich ferner zum Ziel gesetzt, auf mehr Verkehrssicherheit im Raum Warleber/Eckholz/Landwehr hinzuwirken. Hierbei werde insbesondere an den Ausbau eines Radweges von Warleberg nach Eckholz und von dort nach Tüttendorf gedacht (der Bürgermeister berichtete jüngst über vage Hoffnungen hinsichtlich eines Radwegeausbaus Warleberg-Landwehr). Auch der Bau von Wanderwegen werde erstrebt.

**Hier sind Hausbesitzer und Bauherren**

**an der richtigen Adresse für**

## **Abdichtungs- Technik**



Denn als Fachleute für Dächer, Fassaden und Abdichtungen sagen wir Ihnen, worauf Sie ganz besonders achten müssen:

- auf perfekte Abdichtungen gegen Feuchtigkeit,
- auf optimale Klima-Regulierung,
- auf hohe Wärmedämmung und sichere Isolierung,
- auf größtmögliche Energie-Einsparung.

Und als Dachdeckermeister der ZEDACH-Gruppe garantieren wir neutrale Beratung, hochwertiges Qualitätsmaterial, solide Ausführung und die individuell richtige Lösung.

**Fragen Sie  
den Fachmann  
- fragen Sie uns!**



**HANS-HERBERT WENZEL**  
**Dachdeckermeister**  
Ravensberg 22 · 2303 Gettorf  
Tel. 04346/7303

## **Neuer Gemeindevertreter**

Heino Jung heißt der neue Gemeindevertreter. Er rückte für die Wählergemeinschaft in Nachfolge Wilhelm Radbruchs nach. Einstimmig erhielt Jung alle bisherigen Ausschusssitze von Wilhelm Radbruch.

Anders sah es hingegen mit den sonstigen Ämtern aus. Neue 2. stellv. Bürgermeisterin wurde Gisela Rautenberg, gewählt von Wählergemeinschaft und CDU. Neuer Vertreter beim Wasserbeschaffungsverband wurde Gisela Rautenberg, gewählt von Wählergemeinschaft und CDU (gegen Gisela Matte, SPD). Neues 2. Mitglied im Amtsausschuß wurde Dr. Horst Greve, gewählt von Wählergemeinschaft und CDU (gegen Klaus Stein, SPD).

## **Neue Bauflächen ?**

Einvernehmen besteht innerhalb der Gemeindevertretung, neue Bauflächen auszuweisen. Auf Empfehlung der Planungsbehörden beschloß die Vertretung im Dezember, einen Entwicklungsplan in Auftrag zu geben. Der Ortsplaner soll darin Vor- und Nachteile aller potentiell möglichen Bauflächen darstellen. Damit dieser Entwicklungsplan für bebauten Gemeindegebiete aber nicht in Widerspruch steht zum Landschaftsplan, beschloß die Vertretung (ohne Gegenstimmen) eine Umsetzung des Entwicklungsplanes, also dann eine Änderung des Flächennutzungsplanes erst nach Fertigstellung des Landschaftsplanes umzusetzen.

### **IMPRESSUM**

Mit Namen oder Signum gekennzeichnete Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung unserer Redaktion dar. Diese behält sich vor, Artikel sinngemäß zu kürzen. Anonym eingesandte Artikel können in keinem Fall abgedruckt werden.

Jahrgang 15    Ausgabe 72    1/1992

Herausgeber: SPD-Ortsverein Neuwittenbek

Redaktion: Wilfried Johst (V.i.S.d.P.)

Bernd Brandenburg

Volker Weber

Jochen Habeck

Ilona Schönfeld

Anschrift: Warleberg, Knallholt

2303 Neuwittenbek

Anzeigen: Wilfried Johst

Warleberg, Knallholt

2303 Neuwittenbek

Druck: Eigendruck

Auflage: 500

# Gleichstellung für die Gleichstellungsbeauftragte !

"Mich für alle Einwohnerinnen des Amtes, sowie für alle Mitarbeiterinnen der Amtsverwaltung in allen Lebensbereichen einzusetzen," nannte vor einigen Monaten - hier im Dorf-Geflüster - die Gleichstellungsbeauftragte als ihre Aufgabe. Fast ein Dreivierteljahr ist sie jetzt im Amte.

Ihre Arbeit geschieht - naturgemäß - im Stillen, ganz unauffällig. Bisläng kamen nur positive Äußerungen über die Arbeit von Ingrid Heyn.

Aber es scheint doch Probleme zu geben. Das wurde durch einen Disput des Neuwittenbeker Vertreters Brandenburg mit dem lfd. Verwaltungsbeamten während der Amtsausschußsitzung Ende Januar deutlich. Angemahnt wurde u.a. eine Stellungnahme zur Anfrage der Neuwittenbeker SPD-Fraktion.

Soweit erkennbar betrifft der Streit die Kompetenzen der Gleichstellungsbeauftragten. Auslöser dafür ist ein Schreiben des Amtsvorstehers, abgefaßt kurz vor Jahresende. Nach "der gegebenen Rechtslage" soll "die Gleichstellungsbeauftragte kein Teilnahmerecht an Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse" haben. Der Amtsvorsteher empfiehlt den Gemeinden gleichwohl eine Sitzungsteilnahme der Gleichstellungsbeauftragten, "damit sie die ihr übertragenen Aufgaben erfüllen kann".

Das Recht, an öffentlichen Sitzungen teilzunehmen, kann ohnedies nicht beschnitten werden; insofern sind die Äußerungen des Amtsvorstehers zumindest unglücklich gewählt.

Auch das Frauenministerium bestärkte Neuwittenbeks SPD-Fraktion; danach vertritt der Innenminister die Auffassung, "daß es dem gesetzlichen Arbeitsauftrag der Gleichstellungsbeauftragten und der Zielrichtung des Gesetzes entspricht, wenn die Gleichstellungsbeauftragte des Amtes auch an den Sitzungen der Gemeindevertretungen und der Ausschüsse der amtsangehörigen Gemeinden teilnehmen kann."

Da kann's kaum Streit geben - nochzumal der Amtsvorsteher auch die Empfehlung aussprach.

Der eigentliche Streitpunkt liegt auch anderswo.

Ingrid Heyn ist die Gleichstellungsbeauftragte beim Amt Dänischer Wohld, vom Amtsausschuß seinerzeit einstimmig dazu berufen. Ausdrücklich geregelt ist ihr Aktionskreis auf Amtsebene, nicht jedoch auf Gemeindeebene.

Deshalb - sagt der Amtsvorsteher - darf sie auf Gemeindeebene "auf keine Fall" an nichtöffentlichen Sitzungen teilnehmen, zumindest "wenn Verletzungen des Steuer- und Abgabengeheimnisses oder des Rechtes des Persönlichkeitsschutzes von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeinden zu befürchten sind".

Woraus der Amtsvorsteher "den Ausschluß der Gleichstellungsbeauftragten bei nichtöffentlichen Sitzungen" herleite, wollte deshalb Neuwittenbeks SPD-Fraktion wissen. "Nach unserem Verständnis", heißt es bei der SPD-Fraktion, "ist die Gleichstellungsbeauftragte Teil der Verwaltung; nach unserem Wissen wurde sie - wie jeder Gemeindevertreter auch - auf ihre gewissenhafte Aufgabenerfüllung verpflichtet. ... Weshalb sollten also 'Verletzungen des Steuer- und Abgabengeheimnisses oder des Rechtes des Persönlichkeitsschutzes' zu befürchten sein?"

Eine Antwort steht seit nunmehr zwei Monaten aus. Ende Februar erhielt die Fraktion die Mitteilung, daß der Amtsvorsteher die Sache zur Überprüfung an die Kommunalaufsicht geleitet habe (wie dies auch angeregt worden war).

Nach Auffassung der Neuwittenbeker SPD muß die Gleichstellungsbeauftragte auch Zugang zu nichtöffentlichen Sitzungen haben, wenn sie ihrem Arbeitsauftrag gerecht werden will. Es ist sicherlich auch eine Frage von Solidarität, wenn es gerade Neuwittenbeker sind, die der Neuwittenbekerin Ingrid Heyn den nötigen Freiraum verschaffen wollen. Und andererseits kann es nicht die Aufgabe der Gleichstellungsbeauftragten sein, sich diesen Freiraum zu erkämpfen; ihre Arbeit ist eine andere.

Auch die Landtagsabgeordnete Ute Erdsiek-Rave hat sich eingeschaltet; schon beim Neujahrsempfang der Neuwittenbeker SPD führte sie ein längeres Gespräch mit Frau Ingrid Heyn.

## Aufgespießt

**"Mit dem Geschlechterspiel treiben wir Pflöcke zwischen Mann und Frau. Daß jede Kommune eine Gleichstellungsbeauftragte haben muß, ist Emanzenquatsch, wie es schlimmer nicht sein kann."**

Ingrid Roitzsch, CDU-Bundestagsabgeordnete, zitiert in den Uetersener Nachrichten



## 1 x im Jahr

Warum die Angst der Regierenden? Oder was war es sonst, was davon abhielt, erst zu Beginn dieses Jahres eine Einwohnerversammlung abzuhalten?

Einmal im Jahr, stellte der Bürgermeister eingangs klar, müsse eine solche Versammlung stattfinden. Das gibt seit April 1990 Schleswig-Holsteins Gemeindeordnung vor (§ 16 b: "...mindestens einmal im Jahr eine Versammlung von Einwohnerinnen und Einwohnern einberufen..."). Auch Neuwittenbeks 1990 neu beschlossene Hauptsatzung bestätigte dies nochmals (§ 4: "...der Bürgermeister beruft einmal im Jahr eine Versammlung der Einwohnerinnen und Einwohner ein").

Trotzdem: weder 1990, noch 1991 fand eine Neuwittenbeker Einwohnerversammlung statt.

## Der erste Versuch

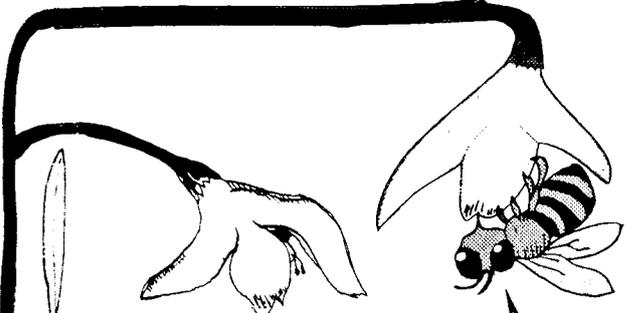
Viel mehr kamen, als so mancher erwartet hatte - die Einwohnerversammlung fand im prall gefüllten Saale der 'Linde' statt. Sogleich in den ersten Tagen des neuen Jahres. Dieser erste Versuch war - nicht nur wegen des zahlreichen Zuspruchs - ermutigend.

Die Ausführungen des Bürgermeisters zu aktuellen Gemeindeangelegenheiten wurden noch relativ zurückhaltend aufgenommen. Lebhafter wurde es erst, als die Anwesenden selbst die Thematik bestimmten. Im weitesten Sinne ging's dabei immer um die Verkehrssicherheit auf Neuwittenbeks Straßen. Sei es nun die Schulwegsicherung oder die Straßenbeleuchtung, sei es der Radwegbau oder der Einmündungsbereich in Altwittenbek. Für die Gemeindevertreter sicher ein guter Gradmesser zu sehen, wo die Bürger tatsächlich der Schuh drückt. Zuhören war angesagt. (Deshalb hätten sich auch die Damen und Herren Gemeindevertreter etwas mehr zurückhalten können - deren Forum ist dies in erster Linie nicht!)

Vielleicht wäre es besser gewesen, zu Beginn einige Erläuterungen zum Verfahrensgang zu geben. Immerhin befaßt sich ein umfangreicher Paragraph der Neuwittenbeker Hauptsatzung mit der Einwohnerversammlung. Zum Beispiel: "Anregungen und Vorschläge der Einwohnerversammlung, die in der Gemeindevertretung behandelt werden müssen, sollen dieser zur nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden." Und zudem ist in der Neuwittenbeker Geschäftsordnung abschließend festgehalten, daß jene entsprechend für die Durchführung der Einwohnerversammlungen gilt; also auch hier konkrete Vorgaben für den Ablauf. Aber, da es nicht die letzte Versammlung gewesen sein wird, mag dies eine Anregung für die Zukunft sein.



Ein Weihnachtsgeschenk besonderer Art gab es schon wenige Tage vor dem Feste. Denn es wurden Verkehrszeichen in Höhe der Neuwittenbeker Schule aufgestellt; 30 km/h darf dort nurmehr gefahren werden. Hoffen wir, das dies zur Verkehrsberuhigung und zu mehr Sicherheit führt.



Rainer Honich empfiehlt:

Millionen Bienen können sich nicht irren!  
Eßt mehr Rapshonig, Lindenhonig,  
Sonnenblumenhonig, Tannenhonig,  
Sommerhonig, Edelkastanienhonig!

Imkerei:  
Christoph Antholz  
2303 Gut Warleberg  
☎ 04346 - 99 21



# Felmer SPD beklagt ÖPNV-Notstand im Dänischen Wohld

Felm (erd) ÖPNV-Notstand im Dän- | Herbat geplanten Neuordnung des  
schen Wohld: Abseits der

Vernetzung der ÖPNV-Systeme in Felm diskutiert – ohne die KVAG

## Ein Gutachten und viele Ideen vom Linientaxi bis zur Ringbahn

Um die Vernetzung der ÖPNV-Systeme in Felm an, auf der er- | koordinierungs-fähig, sein müsse und  
keine Halbleiche wie jetzt". Gegen  
auch die Verbesserung des ÖPNV an- | massiven Protest auch vieler Kieler  
mahte. In diesem Zusammenhang trat  
dem Umland zu verbessern, wird Kiel | Flagge vehement für den Erhalt des  
Bürger lehnte. Bundesbahn-Manager  
noch in diesem Sommer ein Gutachten | im Auftrag geben. Das kündigte Stadt-

Hochinteressant eine Diskussionsveranstal-  
tung Ende Januar in Felm. Thema: Ausbau  
des öffentlichen Personennahverkehrs, ÖPNV

Der Veranstaltungssaal war randvoll. Unter  
den rund 200 Besuchern nahezu alle Bürger-  
meister aus dem Amtsbereich (der Neuwit-  
tenbeker fehlte). Das Podium war hochkarät-  
tig besetzt: Wirtschaftsminister Dr. Franz  
Froschmaier, Stadtbaurat Otto Flagge aus  
Kiel, Autokraft-Chefplaner Wolfgang Budde,  
Bundesbahnmanager Dieter Puslat, Wolfgang  
Meißner vom ADAC, Hans-Hinrich Blunck (in  
Vertretung des Landrats) und 'last not  
least' Landtagsabgeordnete Ute Erdsiek-  
Rave (SPD).

Der Veranstalter, die Felmer SPD (unter-  
stützt von den SPD-Ortsvereinen aus Noer,  
Osdorf und Suchsdorf), wollte eine Ver-  
besserung des ÖPNV-Angebots. Konkret: eine  
Buslinie von Noer über Felm, Felmerholz  
nach Suchsdorf; in Suchsdorf müßte dann  
der Bahnhof wieder geöffnet werden, um so  
die Anbindung an den Stunden-Takt der Züge  
zu ermöglichen. Walter Selle, Vorsitzender  
der Felmer SPD, zu diesem Plan: "Das  
Kraftfahrzeug als zurzeit wichtigstes Ver-  
kehrsmittel im ländlichen Raum soll auf  
keinen Fall verteufelt werden. Es geht  
vielmehr um ein attraktiveres ÖPNV-Angebot  
für Berufstätige, ältere Mitbürger und  
Hausfrauen, somit um eine Entflechtung des  
jetzigen Berufsverkehrs. Das ist jetzt ge-  
rade wichtig, da der Parkraum in Kiel  
stark zurückgebaut wird."

Stadtbaurat Flagge bestätigte dies. Seine  
Begründung: Der Kfz-Verkehr der Pendler  
blockiert derzeit mit 70.000 Fahrzeugen  
die Parkplätze. Tendenz steigend. Die  
Grenzen des Möglichen sind erreicht.  
Zusätzlicher Parkraum wäre – so O. Flagge  
– nur zu schaffen, wenn dafür Wohngebäude  
oder Grünflächen geopfert würden. Deshalb  
sollen die Pendler aus der Innenstadt her-  
ausgehalten werden. Flagge gestand ein,  
daß dies nur bei gleichzeitigem Angebot  
von ÖPNV-Alternativen ginge. Noch für die-  
ses Jahr kündigte er ein Gutachten zur  
Vernetzung der ÖPNV-Systeme an.

Bürger insbesondere aus anderen Amtsgemein-  
den bezweifelten, daß das Felmer Konzept  
ausreichen würde. Auch im benachbarten Be-

reich müßte der ÖPNV verbessert werden. So  
forderte Hans-Hinrich Blunck, die Bahnhöfe  
Gettorf und Neuwittenbek in Bus-Zubringer-  
dienste einzubeziehen. Kreistagsabgeordne-  
te Gisela Matte bezeichnete die Schließung  
des Neuwittenbeker Bahnhofs als Fehler und  
prangerte die derzeitige Busanbindung an.

Die Wiedereröffnung der Bahnhöfe wurde von  
DB-Manager Puslat als nicht realisierbar  
verworfen. Der jetzige Studentakt Kiel-  
Gettorf könne bei weiteren Stopps nicht  
gehalten werden. Auch sei die Strecke nur  
eingleisig. Dies provozierte massive Pro-  
teste aus dem Publikum. Es kann ein zwei-  
tes Gleis genauso gut geschaffen werden,  
wie Straßen erweitert oder gebaut werden.  
Auch Minister Froschmaier ging mit der  
Bundesbahn hart ins Gericht. Im Bereich  
des Regionalverkehrs warf er der Bahn ein  
starres und unflexibles Verhalten vor. Er  
bekräftigte das Bestreben der Landesregie-  
rung zur Verlagerung des Güterverkehrs auf  
die Schiene. 10 Mill. DM habe das Land zu-  
sätzlich '91 zur ÖPNV-Verbesserung zur  
Verfügung gestellt; so viel gäbe es auch  
diesjährig. Damit soll das Landesverkehrs-  
modell 'Ein Tarif, ein Fahrschein, ein  
Fahrplan' wirksam unterstützt werden. "Die  
Landesregierung muß gemeinsam mit der  
Stadt Kiel und den Umlandgemeinden ein  
Gesamtkonzept für die Regionalisierung des  
ÖPNV entwickeln", sagte Dr. Froschmaier.  
Herr Budde von der 'Autokraft' kündigte  
die Errichtung sog. Netzknoten an, an de-  
nen vom Auto auf den Bus umgestiegen wer-  
den könne. Ein solcher Netzknoten könnte  
z.B. in Levenssaw geschaffen werden. Aber  
auch ein solches System müsse finanzierbar  
sein. Er dankte ausdrücklich Landesregie-  
rung und Kreis für geleistete Zuschüsse.

Am Ende dieser lebendigen Veranstaltung  
bekräftigten alle Podiumsmitglieder, den  
ÖPNV-Ausbau anzustreben und voranzutreiben,  
– nur DB-Vertreter Puslat war schon weg,  
um den letzten Zug noch zu erreichen!

Deutlich wurde an jenem Abend das starke  
Interesse in der Bevölkerung – aber auch,  
daß es Wege und Möglichkeiten zur Verbes-  
serung des ÖPNV gibt. Und wenn es dann in  
der Zukunft, hoffentlich in einer nahen  
Zukunft, einen effektiveren ÖPNV mit er-  
heblichem, finanziellem Aufwand gibt,  
liegt es an jedem von usn, diesen zu  
nutzen und so zum Erfolg zu führen.

### Es bleiben Fragen,

die entweder nicht gestellt oder aber  
nicht beantwortet wurden:

1) Die Bundesbahn begegnet ihrer Finanz-  
miserie durch Streckenstilllegungen gerade  
im Regionalverkehr. Dies geht vor allem  
zulasten des ÖPNV oder wirkt dem gefor-  
derten Ausbau entgegen. Sicher ist dieser

Regionalverkehr z. Zt. ein Zuschußgeschäft, da er wenig genutzt wird. Hier entwickelt sich eine Schraube ohne Ende; weniger Fahrgäste ziehen höhere Fahrpreise nach sich.

Ist es nicht vernünftiger, die Preise niedrig zu halten, damit die Autofahrer zur Bahn wechseln?

2) Selbst wenn es einen attraktiven ÖPNV gibt (aus öffentlichen Geldern mitfinanziert!): wird er dann auch genutzt? Das Auto, selbst wenn die Bahn günstiger oder gleich teuer ist, bietet doch mehr Flexibilität. Muß das Auto dann nicht extrem teurer werden? Denn in Kiel, wo es im Vergleich zum Umland ein relativ gutes Busangebot gibt, fahren viele immer noch mit dem Auto.

3) Hieran anknüpfend: Herr Flaggge hätte einmal darlegen sollen, warum die Stadt Kiel die Pendler zurückdrängen will (durch Parkplatzrückbau). Warum werden die Städter denn nicht angehalten, das vorhandene Busangebot zu nutzen? Denn wie viele fahren die 2-3 km zum Dienst mit dem Fahrzeug!

4) Wunsch der Landesregierung ist die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene.

Ist das mit der Bundesbahn überhaupt realisierbar?

Denn, so muß man sich doch fragen, warum werden überall Güterbahnhöfe geschlossen und unmittelbar darauf die Gleisanlagen sogar noch zurückgebaut (so in Rieseby)?

5) Selbst wenn Neuwittenbek und Gettorf in den ÖPNV über die Schiene einbezogen würden: was wird, wenn die alte Hochbrücke abgerissen wird (wie geplant in ca. 10-15 Jahren)?

Region Saidpur/Bangladesh

## Urteil: Lebenslänglich



Kleinstbauern und Landlose in Bangladesh sehen für sich und ihre Familien keine Hoffnung auf ein gesichertes Leben: Taifunen und immer bedrohlicheren Überschwemmungen fallen Jahr für Jahr mehr Menschen, Tiere und Lebensmöglichkeiten zum Opfer. BROT FÜR DIE

WELT hilft bei Katastrophen und finanziert Selbsthilfe-Initiativen durch Kleinkredite und Handwerkskurse.

Postfach 476,  
7000 Stuttgart 1  
Postgiro Köln  
500 500-500

**BROT**  
für die Welt

## Rette sie wer kann



**Autofahrer aufgepaßt!  
jetzt wandern sie wieder**

**TechniSat**

*Freiheit, die vom Himmel kommt!*

TechniSat -ASTRA- Empfangsanlage  
Sie empfangen bis zu 32 TV-Programme z.B.

RTL plus, SAT.1, PRO 7,  
Tele 5, 3sat, ARD 1 plus,  
MTV, Eurosport, Sportkanal, Sky News u.a.  
sowie Radioprogramme

100% Aluminium-rosthfrei  
24 Monate Garantie

programmiert, vormontiert  
mit 20 m Satkabel u.einer  
rostfreien Wandhalterung  
vom Fachmann nur 999,-

Fernseh-Brunkert, Herrenstr.7  
T.04346 / 6353 2303 Gettorf  
TV · HiFi · Video · Sat-Anlagen

Seit 1988:

## Unser Land auf Erfolgskurs mit Ministerpräsident Björn Engholm

- Fast 90.000 mehr Arbeitsplätze
- Über 230 Windkraftanlagen zur Energie-Erzeugung
- Über 7.000 neue Kindergartenplätze

**Schleswig-Holstein hat  
einen guten Namen**

**SPD**

### Zusage kam

"Die beabsichtigte Aufstellung eines Landschaftsplanes wird begrüßt und ist im Grundsatz entsprechend meinen Richtlinien zur Förderung der Landschaftsplanung förderungsfähig." Das teilte das Umweltministerium mit - schneller als alle Beteiligten vor Ort erwarteten. Minister Heydemann soll sogar persönlich die Anträge gesehen und positiv beurteilt haben.

Wenige Tage nach Neuwittenbeks letzter Gemeinderatssitzung wurde bereits die Förderungszusage beim Umweltministerium abgesetzt. Und auch noch vor Weihnachten ging dieses Schreiben bei der Kreisverwaltung ein. Von dort benötigte es allerdings fast einen Monat bis zur Amtsverwaltung in Osdorf (22. Januar). Fast wiederum einen Monat später trafen sich erst die Bürgermeister der Gemeinden Schinkel, Tüttendorf und Neuwittenbek zur gemeinsamen Beratung. Verwaltung ist eben manchmal etwas schwergängig.

### Pro Natur

Landschaftspläne werden im künftigen Landesnaturschutzgesetz (in Nachfolge des Landschaftspflegegesetzes) stärker verankert werden. In den Erläuterungen zum vorliegenden Ressortentwurf heißt es u.a.: "Die Landschaftsplanung soll flächendeckend vorgenommen werden, da nur eine umfassende Planung auch eine Vorsorgewirkung entfalten kann, um die nötige Sicherheit für Wirtschaft, Gewerbe, Industrie, Handel, Wohnungsbau und Verkehr schafft. ... Die Gemeinden haben Landschaftspläne grundsätzlich für das gesamte Gemeindegebiet aufzustellen. ... Die Inhalte der Landschaftsplanung sind in sämtlichen umweltrelevanten Planungen zu berücksichtigen, und zwar mit einer eindeutigen Abwägungspriorität zugunsten der Belange des Naturschutzes im Verhältnis zu diesen Fachplanungen. Abweichungen von der Landschaftsplanung sind nur zulässig, wenn Belange des Naturschutzes nicht beeinträchtigt werden oder aber andere Belange nach Abwägung eindeutig vorgehen. Damit wird die Landschaftsplanung zu einem alle Bereiche des Naturschutzes umfassenden Planungsinstrument weiterentwickelt. ... Die festgestellten und genehmigten Landschaftspläne sind als Darstellung in die Flächennutzungspläne ... zu übernehmen."

### So sieht's aus

Ein Landschaftsplan soll -dem Wortlaut des Gesetzes zufolge - "die örtlichen Erfordernisse und Maßnahmen zur Verwirklichung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege" darstellen.

Aus diesem Gesetz, dem Landschaftspflegegesetz, läßt sich zudem auch die inhaltliche Ausgestaltung eines solchen Planes direkt ablesen. Der Landschaftsplan enthält danach:

1. die Darstellung des vorhandenen Zustandes von Natur und Landschaft,
2. die Bewertung des erfaßten Zustandes und der Anforderungen an die Raumnutzung nach den Zielen des Naturschutzes und der Landschaftspflege und
3. die Darstellung des angestrebten Zustandes von Natur und Landschaft und der dafür erforderlichen Maßnahmen."

Zumindest diese drei Phasen werden also bei der Erstellung eines Landschaftsplanes erkennbar sein. Vorgeschaltet werden könnte eine weitere Phase, in der sich die Beteiligten Klarheit verschaffen über Aufgabenstellung und Leistungsumfang. Nachgeschaltet werden kann eine 5. Phase, in der detailliertere Einzeluntersuchungen gefertigt werden.

### Signale

Mitte Februar kam deutliches Signal von Neuwittenbeks Naturschutzverein. Die Mitgliederversammlung beschloß einstimmig:

"Der Naturschutzverein Neuwittenbek begrüßt die Erstellung eines Landschaftsplanes für das gesamte Gemeindegebiet. Eine gemeinsame Landschaftsplanung mit den Gemeinden Schinkel und Tüttendorf wird besonders unterstützt, da die ökologisch wertvollsten Biotope im Grenzbereich zu diesen Gemeinden bzw. als Exklave (Rabensmoor) innerhalb der Gemeinde Tüttendorf liegen. Der Naturschutzverein bittet die Gemeindevertretung, sich für eine umgehende Auftragsvergabe an ein qualifiziertes Planungsbüro einzusetzen, um die diesjährige Vegetationsperiode noch für die notwendige Bestandsaufnahme nutzen zu können. Der Naturschutzverein ist bereit, bei der Erstellung des Landschaftsplanes im Rahmen seiner Möglichkeiten mitzuwirken." Wenige Tage später ein ähnlicher Beschluß in der Jahreshauptversammlung der Neuwittenbeker SPD - und auch dort einstimmig:

"Der SPD-Ortsverein Neuwittenbek unterstützt die Erstellung eines Landschaftsplanes für das gesamte Neuwittenbeker Gemeindegebiet. Dabei wird eine gemeinsame Landschaftsplanung mit den Nachbargemeinden Tüttendorf und Schinkel besonders befürwortet, weil gerade der Grenzbereich dieser drei Gemeinden ökologisch am interessantesten ist. Der SPD-Ortsverein bittet die Gemeindevertretung um die Auftragsvergabe an ein Planungsbüro noch in diesem Frühjahr, um mit Beginn der Vegetationsperiode auch schon mit der Feldarbeit vor Ort anfangen zu können."

## Am 5. April SPD

### Auf geht's

Mitte Dezember '91 beschloß der Gemeinderat -ohne Gegenstimmen-: "Für das Gemeindegebiet wird, Zuschußgewährung vorausgesetzt, ein Landschaftsplan erstellt. Die Gemeinden Tüttendorf, Schinkel und Neuwittenbek verständigen sich auf ein gemeinsames Planungsbüro. Die 3 Gemeinden erteilen jeder für sich, jedoch zeitgleich dem Büro einen entsprechenden Auftrag." In gleicher Sitzung wurde -wiederum ohne Gegenstimmen- zudem beschlossen, den Flächennutzungsplan (und damit auch den Bebauungsplan) erst zu ändern, wenn der Landschaftsplan erstellt sei.

Nachdem -schneller als erwartet- seitens des Ministeriums eine Antwort auf den Zuschußantrag vorlag, befaßte sich im Februar der Umweltausschuß neuerlich mit dem Landschaftsplan. Aus Sicht des Ausschusses soll die Förderungszusage genügen (statt einer konkreten Zuschußzusage), um Auftrag an ein Planungsbüro zu erteilen. Zudem schuf der Ausschuß -in teils heftiger Diskussion- ein Meinungsbild zum weiteren Vorgehen.

**Abfall  
ist kein  
Zufall**

**JUSOS  
in der SPD**

Bei den Erörterungen hatte sich der Ausschuß sachkundiger Unterstützung versichert. Erschienen waren Herr Fritz Maurischat aus Tüttendorf sowie die beiden Neuwittenbeker Hans Dieter Martens (Naturschutzverein) und Ulrich Zeltner (Landesamt für Naturschutz).

Mit den Vorgaben aus dem Ausschuß gings eine Woche später in die gemeinsame Besprechung mit den Nachbargemeinden. Es nahmen die drei Bürgermeister

**Thomas Gottschalk Marius  
Müller-Westernhagen Wim  
Wenders Peter Maffay Carlo  
Thränhardt Ulrich Wickert**

**Alfred  
Witta  
Steffi  
Jürgen  
City**



**Biolek  
Pohl  
Graf  
Flimm  
Otto**

**Waalkes Wolfgang Lippert  
Günther Jauch Uli Hoeneß  
Die Toten Hosen Herbert  
Grönemeyer Götz George  
Helga Hahnemann Scorpions  
Paul Breitner Michael Gross**

und die jeweils zuständigen Ausschußvorsitzenden teil. Als "recht erfreulich" wurde das Ergebnis bezeichnet. Denn alle drei Bürgermeister gingen davon aus, daß es in ihren Gemeindevertretungen Zustimmung zu einem gemeinsamen Plan geben werde. Und zwar einen Landschaftsplan, für den der Auftrag noch in diesem Frühjahr vergeben wird.

Die erste Vertretung, die danach tagte, war die von Neuwittenbek. Und des Bürgermeisters Einschätzung traf zu. Zwar wurden noch Bedenklichkeiten geäußert, insbesondere zur vorliegenden Förderungszusage. Einstimmig war das Votum zwar dann nicht. Dr. Köhler, CDU, wies nur darauf hin, daß seine Auffassung bekannt sei; seine Äußerung vom Dezember, daß der Landschaftsplan nur "ein teures Spielzeug" sei, wiederholte er nicht nochmals.

So beschloß die Vertretung die Auftragsvergabe, sofern die beiden anderen Gemeinden mitziehen; sollte dies nicht geschehen, wird in Neuwittenbek zu einer Dringlichkeitssitzung geladen. Das Planungsbüro muß noch im Frühjahr mit den Arbeiten beginnen; der Plan soll beschlußfähig binnen drei Jahren vorliegen.

Wir danken dem Verlag für die kostenlose Veröffentlichung dieser Anzeige gegen Auslandsbeiträge

JAGSCH - PARINEZ

## ... ach ja, die "Läuse"

In Neuwittenbek war die "Läusekatastrophe" (wollen wir hoffen, daß es jetzt endlich vorbei ist).

Seit November 1991 (evtl. schon seit Oktober) ging im Kindergarten der Läusebefall um. Zur extremen Notlage kam es dann im Januar/Februar 1992. Die Kindergärtnerinnen waren jeden Tag damit beschäftigt, 2 Stunden lang alle Kinder nach Läusen und Nissen abzusuchen, konnten somit ihrer eigentlichen pädagogischen Arbeit nicht nachkommen. Da die gesetzlichen Vorlagen des Gesundheitsamtes nicht fruchteten und die Läuse regelrecht überhand nahmen, wurden die Eltern aktiv.

Ein Elternabend zu diesem Thema wurde einberufen, weil die Gemeinde als Träger des Kindergartens auch über keine rechtliche Handhabe zu diesem Problem verfügte. Der Elternbeschuß wurde im Elternbrief vom 07.02.1992 mitgeteilt und an alle Kindergarteneltern sowie den Sozialausschuß weitergegeben. Der Elternbrief war notwendig geworden, da einige Ärzte nicht in der Lage waren, Läusebefall zu erkennen sowie Atteste dazu auszustellen.

Aus dem Elternbrief ging deshalb hervor, welche Maßnahmen notwendig sind, um Läuse aktiv zu bekämpfen. Erst nach all diesen vielen Elternmühen konnten Kindergarten und Eltern endlich Licht am Läusehorizont erkennen.

Der Sozialausschuß konnte aufgrund des Elterndrucks eine Beschlußempfehlung an die Gemeindevertretung geben. Nun haben viele Eltern gehofft, daß das Problem endlich aus der Welt geschafft werden könne. In der Gemeindevertreterversammlung am 27.02.1992 stellte sich dann heraus, daß es gesetzmäßig bzw. satzungsmäßig nicht möglich sei, anders als in der Schule gegen Läusebefall vorzugehen, obwohl die Läusebekämpfungsmaßnahmen laut Gesundheitsamt eine längere Behandlungs- und Beobachtungszeit benötigen. Selbst das Bundesseuchengesetz wurde in der Gemeinderatssitzung zitiert.

Appell an alle Eltern ist, daß nicht nur immer einige Eltern verantwortlich sein können und wollen, der Läuseplage Herr zu werden, sondern alle Kindergarteneltern in solchen Fällen an einem Seil festhalten sollten und sich verantwortlich für das Wohl und die Gesundheit ihrer Kinder fühlen sollten.

## Demokratische Gehversuche

Die erste Kommunalwahl nach dem Kriege setzte die Militärregierung für den 15. Sept. 1946 an (bis dahin hatte es nur eingesetzte Gemeinderäte gegeben); vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen blieben alle früheren Funktionsträger der NSDAP.

Gewählt nach einem Mehrheitswahlprinzip (angelehnt an heimisches Wahlrecht der britischen Besatzungsmacht) wurden in Neuwittenbek neun Vertreter, darunter mit Gertrud Jeß und Martha Malmström immerhin zwei Frauen. Die Gemeindevertretung konstituierte sich am 23. Sept. 1946, eröffnet noch vom bisherigen, von der Militärregierung eingesetzten Bürgermeister Alwin Klöß. Sein gewählter Nachfolger in dieser Sitzung wurde Heinrich Jensen, Verwalter auf dem Hof Neuwittenbek. Er erzielte bei einer Stimmenthaltung sieben Stimmen. "Herr Jensen nimmt, als vorgeschlagener Kandidat, an der Abstimmung nicht teil."

Wegen einer Änderung des Gemeindewahlrechts durch die Militärregierung erfolgte am 24. Okt. 1948 eine vorgezogene Kommunalwahl. Das neue Wahlrecht näherte sich stärker dem Verhältniswahlrecht; auch das Wahlrecht für frühere Nazis wurde gelockert.

Die konstituierende Sitzung fand in Neuwittenbek am 8. Nov. 1948 statt. Jetzt gehörten der Gemeindevertretung zehn Mitglieder an. Mehrheitlich erfolgte die Bestätigung Jensens im Bürgermeisteramt. Hinrich Carstens (SPD) als unterlegener Gegenkandidat und der Amtsinhaber hatten sich beim Wahlgange ihrer Stimme enthalten.

Die nächste Kommunalwahl folgte am 29. April 1951, jetzt schon nach der vom Landtag beschlossenen Gemeindeordnung vom 24. Jan. 1950. Nach dem noch heute geltenden Verhältniswahlrecht wurden elf Vertreter in Neuwittenbeks Gemeinderat gewählt. Dieses nurmehr von Männern besetzte Kollegium bestimmte am 25.05.1951 in geheimer Wahl mehrheitlich Heinrich Brammer zum neuen Vorsitzenden. Dies blieb er nur wenige Wochen; mit seiner Wahl zum Amtmann des Amtes Neuwittenbek am 17. Juli 1951 legte er sein Bürgermeisteramt nieder. Sein Nachfolger "als Bürgermeister wurde Hans Jöhnk - Neuwittenbek einstimmig" am 26. Juli 1951. Hans-Heinrich Jöhnk war -wie auch schon sein Vorgänger- Landwirt.

-Brandenburg-



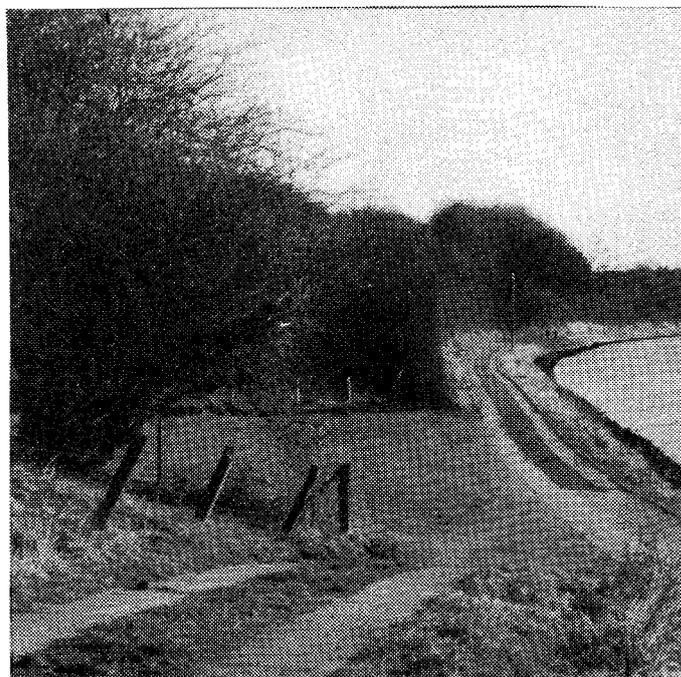
# Das



## ist fertiggestellt

Das neue Feuerwehrgerätehaus wird inzwischen von der Neuwittenbeker Wehr genutzt. Die Abnahme des Werkes durch die Gemeinde erfolgte zwischenzeitlich auch, berichtete der Bürgermeister jüngst; kleinere Beanstandungen erfolgten.

Am 15. Mai soll die offizielle Übergabe des Gebäudes an die Wehr stattfinden; am darauffolgenden Tage will die Wehr im Rahmen eines Tages der offenen Tür ihr neues Wehrgebäude der Bürgerschaft präsentieren.



Vielen Spaziergängern ist sie bestimmt schon aufgefallen: Die freigeräumte Fläche am Nord-Ostsee-Kanal in Höhe Neuwittenbeks

Welchen Zweck sie wohl erfüllen wird?

Parkplatz für Erholungssuchende etwa - oder gar Lagerfläche für den Hamburger Hafenschlick?

Beides mit Sicherheit nicht; es war natürlich auch nicht ernstgemeint. Wofür sie nun denn geschaffen wurde, darüber berichten wir in der nächsten Ausgabe

## Gebührensatzung



### für Dienstleistungen

## der freiwilligen Feuerwehr

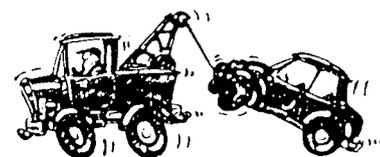
Das neue Feuerwehrgerätehaus in Neuwittenbek hat einiges gekostet. Jetzt könnte man auch auf die Idee kommen, das Geld wieder "hereinzuholen".

Möglich wäre dies durch Gebührenerhebungen für Leistungen der Wehr. Die gesetzlichen Vorgaben, u.a. aus dem Brandschutzgesetz erlauben das. Und mancherorts wird es auch praktiziert, nicht nur in Orten, die eine Berufsfeuerwehr haben.

Trotz einer solchen Gebührensatzung der Gemeinde blieben naturgemäß alle Maßnahmen der Feuerwehr gebührenfrei, die die urreinste Zielsetzung der Wehr verfolgen: also bei der Bekämpfung von Bränden sowie bei der Rettung von Mensch und Tier aus unmittelbarer Gefahr. Gebührenpflichtig bliebe aber ein Einsatz bei Fehlalarmierungen, auch Einsätze, die auf vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten zurückzuführen sind.

Ebenfalls keine Gebühren müßten erhoben werden, wenn die Wehrkameraden bei wohl-tätigen oder kulturellen Veranstaltungen unterstützen.

Alles dies ist noch eingängig. Problematisch wird es aber bei freiwilligen Dienstleistungen der Wehr. Wie oft werden z.B. Keller ausgepumpt. Oder Bäume durch die Wehr beschnitten. Evtl. auch einmal ein Wespennest entfernt. Diese Dienste müßten dann mit einer Gebühr "entlohnt" werden. Und das ist die Frage: wollen wir das wirklich?



## Norbert Hülle

Hauptstraße 42  
2303 Neuwittenbek  
Telefon 0 43 46 / 88 76

Kfz-Rep. - alle Fabrikate  
An- und Verkauf  
sowie gebr. Kfz-Teile  
Abschleppd. Tag u. Nacht

# Neujahrsempfang der SPD ein voller Erfolg



Zu Beginn des neuen Jahres begrüßte Neuwittenbeks SPD-Vorsitzender **Carl Popp** die Erschienenen: Bürger Neuwittenbeks und Gäste (Bild links). Reichlich gefüllt war der Saal in Neuwittenbeks "Linde" beim fast schon traditionellen Neujahrsempfang der Sozialdemokraten.

Nach C. Popp's Begrüßung und einigen Grußadressen gab's Zeit und Raum auch für Klönschnack. Und den Imbiß dazu.



Bundestagsabgeordnete **Ulrike Mehl** nutzte die Gelegenheit zu Gesprächen, u.a. auch mit der Landtagsabgeordneten **Ute Erdsiek-Rave** (oben rechts).

Natürlich auch dabei als Neuwittenbekerin: Kreistagsabgeordnete **Gisela Matte** (rechts).



**Schleswig-Holstein hat  
einen guten Namen**

**SPD**



Die Einen saßen (links) - die Anderen standen, lauschten aber allesamt interessiert den Worten der Redner.

Mittlerweile zum dritten Male lud der Neuwittenbeker SPD-Ortsverein zum Neujahrsempfang. Diese Veranstaltungsform findet allseitige Zustimmung, wird doch die Politik an jenem Tag nicht großgeschrieben - trotz der vielen, anwesenden Politiker aus Bund und Land, von Kreis und Gemeindeebene.

So soll's den Empfang auch Anfang '93 wieder geben - vielleicht sogar mit Björn Engholm (vorsichtige Fühler hat die SPD Neuwittenbeks schon ausgestreckt).



GREENPEACE

**Unsere Meere haben  
keinen Abfluß.  
Der Dreck bleibt drin.**

## „Mitten in der Arbeit“

Unter dem Titel „Mitten in der Arbeit“ hat die SPD-Landtagsfraktion ihre Bilanz der laufenden Legislaturperiode veröffentlicht. Das Titelfoto der Broschüre zeigt bunte Bauklötze, die den begonnenen, aber noch nicht vollendeten Auf- und Umbau unseres Landes symbolisieren. Das Heft kann über die Landtagsabgeordnete Ute Erdsiek-Rave (Landeshaus, Kiel) oder über die Pressestelle der SPD-Fraktion (0431/596-2050) bezogen werden. Die Broschüre ist ein Produkt der eigenständigen Öffentlichkeits- und Informationsarbeit der sozialdemokratischen Landtagsfraktion.

### Meierei im Buch

Das wenige Tage vor Weihnachten herausgekommene, neueste Jahrbuch der Heimatgemeinschaft Eckernförde weist wieder einen Beitrag des Warlebergers Bernd Brandenburg aus; vor einigen Jahren war Brandenburgs Artikel über die Umgemeindung Altwittenbeks veröffentlicht worden. Diesmal ging's um die Anfänge der Neuwittenbeker Meierei vor 90 Jahren; eine Kurzfassung dieses Aufsatzes war im vergangenen Jahr vorab im Dorf-Geflüster erschienen. Im Jahrbuch-Text ist nun auch der vollständige Milchlieferungsvertrag abgedruckt.

### Anfang '92 beendet

Ende Januar wurde es auf der Amtsausschußsitzung öffentlich; schon Anfang des Jahres war es erklärt worden, was doch weitgehend eine Überraschung darstellte: das Ausscheiden Wilhelm Radbruchs aus dem Gemeinderat. W. Radbruch gab sein Mandat aus persönlichen Gründen zurück. Ein kleinerer Kreis wußte davon seit einiger Zeit; es hatte wohl auch Versuche gegeben, Radbruch umzustimmen - aber erfolglos.

Wilhelm Radbruch zog 1982 für die Wählergemeinschaft in den Gemeinderat, nachdem er Jahre zuvor für die CDU kandidierte, blieb bis 1984 und sodann wieder von 1986 bis jetzt; Radbruch arbeitete in verschiedenen Ausschüssen und war zeitweise Bürgermeisterstellvertreter (aber Bürgermeister -wie sein Vater Georg Radbruch- gelang ihm nicht zu werden). Auf jeden

Fall gehörte Wilhelm Radbruch zu den aktiveren Vertretern im Gemeinderat; deshalb gilt auch der Dank für seine ehrenamtliche Tätigkeit.

Als Neuwittenbeks Wehrführer wird Wilhelm Radbruch aber weiter im Amte bleiben.

## MSHD

### Neuer Zivi bei der AW

Seit Beginn dieses Jahres ist für die Arbeiterwohlfahrt Gettorf und Umgebung der 20jährige Armin Lüthje aus Osdorf im MSHD als Zivildienstleistender im Einsatz.

MSHD - Was ist das?

Vier Buchstaben für eine gute Sache. Es bedeutet Mobiler Sozialer Hilfsdienst und ist eine Hilfseinrichtung der Arbeiterwohlfahrt. Im Rahmen des MSHD sind Zivildienstleistende mit diversen Betreuungs- und Unterstützungseinsätzen beschäftigt. Die Tätigkeitspalette geht von der Hilfe bei der Betreuung Schwerstbehinderter, über die Begleitung älterer Bürger zu Arztbesuchen, Hilfen beim Einkauf und im Haushalt, körperlich anstrengendere Verrichtungen in Haus und Garten bis hin zum Rasenmähen, Umgraben usw.

Ältere und kranke Bürger sind sehr dankbar, wenn ihnen diese Dinge von verständnisvollen, jungen Männern abgenommen werden.

Um den MSHD aufrechterhalten zu können, werden jedoch immer wieder dringend junge Männer benötigt, die bereits die Anerkennung als Wehrdienstverweigerer haben. Die Dienstzeitverkürzung auf 15 Monate im Zivildienst bringt viele Wohlfahrtsverbände in organisatorische Schwierigkeiten.

Für die Arbeiterwohlfahrt Gettorf und Umgebung wäre es durchaus möglich, sofort oder später freie Zivildienststellen zu besetzen.

Bei Interesse informiert Sie die Geschäftsstelle der AW in Gettorf (Kirchstraße 10, Tel.: 04346/8602)

-Heinicke-

Schleswig-Holstein

SPD

# keine Frage!

Wenn Sie mehr über die politischen Vorstellungen der SPD erfahren wollen, fordern Sie unser Wahlprogramm an: SPD-Landesverband Schleswig-Holstein, Kleiner Kuhberg 28-30, 2300 Kiel 1

**Schleswig-Holstein hat  
einen guten Namen**

**SPD**

"Mir schmeckts und so günstig kann ich für mich allein nicht kochen", wird der erste Satz einer Notiz sein, die Sie künftig öfter im Gemeindeblatt lesen können. Diese Notiz soll Sie auf das Hilfsangebot "Essen auf Rädern" der Arbeiterwohlfahrt Gettorf und Umgebung hinweisen. Beim "Essen auf Rädern" kann gewählt werden zwischen Vollkost, Diabetiker-Diät oder Leber-Magen-Galle-Schonkost - je nach Bedarf und Wunsch.

Die 7 Mahlzeiten je Woche werden jeden Freitag tiefgekühlt von uns ausgeliefert und müssen bei Ihnen zu Hause entsprechend aufbewahrt werden. Wenn erforderlich, kann dazu eine kleine Kühlbox von uns zur Verfügung gestellt werden.



Die Zubereitung des Essen ist denkbar einfach: Man muß die jeweilige Mahlzeit nur in heißem Wasser erhitzen. Die Vielfalt der Menüs sorgt dafür, daß eine Wiederholung erst nach 7 (!) Wochen vorkommt. Für manchen älteren Menschen ist die Wochenration zu reichlich bemessen, so daß auch die Möglichkeit besteht, einen 14tägigen Lieferrhythmus zu vereinbaren. Wer über die Aktion "Essen auf Rädern" mehr wissen will, kann sich gerne montags bis freitags von 9.00 - 12.00 Uhr bei der Arbeiterwohlfahrt (Tel. 8602 oder Büro in der Kirchstraße 10 c) selbst informieren.

**W.-D. Stark-Wulf**



Faszinierende Bilder präsentierte Dr. Johannes Kinzer der Mitgliederversammlung des Naturchutzvereins in seinem Vortrag. Dr. Kinzer, Gründungsmitglied des Vereins, ist als Meeresbiologe (speziell Tiefseeökologie) am Kieler Institut für Meereskunde tätig, nebenbei auch wissenschaftlicher Leiter des Kieler Aquariums. Lebe-

wesen, die aus einer Phantasiewelt zu stammen scheinen, präsentierte Dr. Kinzer auf Dias. Und wer es denn immer noch nicht glauben wollte, konnte am Ende sogar präparierte Exemplare selbst in die Hand nehmen.

Den Tätigkeitsbericht '91 untermalte Vorsitzender Hans Dieter Martens auch mit Lichtbildern. Aus den Vorjahrsaktivitäten leitet der Naturschutzverein sein Arbeitsprogramm '92 ab. Besondere Erwartungen richtet der Verein dabei auf den Landschaftsplan, zu dem die Mitgliederversammlung einstimmig eine Resolution beschloß. Bei den Vorstandswahlen wurden Rechnungsführer Hermann Pries, Schriftführerin Susanne Brandenburg sowie die Beisitzer Heijo Siemen und Bernd Brandenburg einstimmig in ihren Ämtern bestätigt. Neu im Vorstand ist Jan Henrik Buchenau als Beisitzer.

**Brandenburg**

**Am 5. April SPD**

## SPD - Vorsitzender

Im Februar hatte der SPD-Ortsverein Neuwittenbek seine Jahreshauptversammlung. Neben aktuellen Fragen des Wahlkampfes standen auch Vorstandswahlen an. Im Amte des Vorsitzenden wurde Carl Popp bestätigt. Neu im Vorstand ist Sabine Kinzer als Schriftführerin, als deren Stellvertreterin Dr. Hannelore Pechmann. Beisitzer im Vorstand wurden Gisela Matte, Klaus Stein und Wilfried Johst.

Kurze Zeit später hatte auch Neuwittenbeks Wählergemeinschaft ihre Mitgliederversammlung. Etwas unerwartet wurde Wilhelm Radbruch erneut zum Vorsitzenden gewählt; zuvor hieß es, W. Radbruch wolle nicht mehr. Neu im Vorstand ist Monika Weitkamp in Nachfolge des neuen Gemeindevertreters H. Jung.

## 300 DM von der SPD

Aus der Adventsaktion der Neuwittenbeker SPD erwuchs ein Überschuß von 300 DM. Nach entsprechender Beschlußfassung durch die Mitgliederversammlung wird der Überschuß dem Neuwittenbeker Kindergarten zugewendet und zwar zweckgebunden für die Anschaffung einer Geschirrspülmaschine. Dies gab SPD-Ortsvereinsvorsitzender Carl Popp in der letzten Gemeindevertretersitzung bekannt. Der Kauf wird vonseiten der Mitarbeiterinnen im Kindergarten gewünscht.

## Straßenbeleuchtung

Anfang Februar befaßte sich der Wegeausschuß mit einem "Dauerbrenner": die Straßenbeleuchtung - oder genauer gesagt, die Einschaltzeiten in den Ortsteilen Neu- und Altwittenbek.

Seit der Umgemeindung sind die Einschaltzeiten bei den Straßenleuchten im Gemeindegebiet nicht mehr einheitlich: im Gegensatz zu den Neuwittenbekern brennen die Lampen in Altwittenbek die ganze Nacht durch (während des Baus der Ortsentwässerung gilt eine Sonderregelung). Wiederholt gab es Forderungen, die Einschaltzeiten zu vereinheitlichen, und zwar nach dem Neuwittenbeker Muster.

Der Ausschuß gab die Empfehlung für den Gemeinderat, im gesamten Gemeindegebiet "die Straßenbeleuchtung in der Zeit von 0.00 Uhr bis 4.30 Uhr auszuschalten". Zur Erinnerung: die Einwohnerversammlung Anfang dieses Jahres hatte mit einer Einstimmigkeit sich dafür ausgesprochen, die Lampen durchgängig brennen zu lassen. Der Gemeinderat folgte mehrheitlich der Ausschußempfehlung; die Lampen werden also ausgeschaltet werden. Klar war, daß wirtschaftliche Gründe hierfür kaum eine Rolle spielen; es geht eher um die Energieeinsparung und die hieraus abgeleitete Vorbildfunktion.

Erste Kritik gab es schon nach der Beschlußfassung. Einerseits diejenigen, die Anhänger des Dauerbrenners sind (siehe Einwohnerversammlung). Andererseits diejenigen, die die Lampen zumindest bis zur "Polizeistunde" (1.00 Uhr) brennen sehen wollen.

### Leserbrief ... Leserbrief ... Leserbrief

#### Eindrücke und Einwürfe zur Sitzung der Gemeindevertretung am 27. Febr. in Landwehr

Die ersten elf Punkte wurden zügig abgehandelt. Herr Jung wurde verpflichtet - damit war die Wählergemeinschaft wieder komplett. Die Wahlen, die durch die Mandatsniederlegung des Herrn Wilhelm Radbruch anstanden, wurden bei Einigkeit der CDU und WGN schnell abgehakt; die SPD konnte bei den wichtigen Entscheidungen nur zuschauen.

Über den gemeinsamen Landschaftsplan mit Tüttendorf und Schinkel wurde noch einmal heftig diskutiert und zu Gunsten des Landschaftsplanes entschieden.

Dann kam Punkt 14 - Anschaffung eines Nutzungsfahrzeugs.

Der Wegeausschuß hatte nicht nur die Notwendigkeit geprüft, Angebote eingeholt, die Preise verglichen, sondern auch die Handhabung und Vielseitigkeit begutachtet.

Der Ausschuß kam zu der Empfehlung an die Vertretung, das Gerät anzuschaffen. Da meldete sich ein Gemeindevertreter aus dem Finanzausschuß zu Wort. Bei den hohen Ausgaben von ca. 56.000 DM bliebe es nicht, es würden Folgekosten anfallen, somit müßte die ganze Angelegenheit noch einmal in den Finanzausschuß zwecks Prüfung, ob das Gerät angeschafft werden soll. (Im Haushalt '92 sind die Mittel aber schon eingestellt.) Da fragt man sich, wurde das denn vor der Einstellung des Gemeindegeldarbeiters nicht bedacht? Sollte die Person den ganzen Tag nur mit Fahrrad und Anhänger durch die Gegend fahren? Seinen eigenen PKW zur Müllabfuhr benutzen? Stundenlang die größer gewordenen Rasenflächen mähen? Das wäre genauso, als würde ein Dreher eine Feile statt einer Drehbank an die Hand bekommen. Auf der anderen Seite sollen Hunderttausende ausgegeben werden, um mit Macht den stillgelegten Tennisplatz wieder bespielbar zu machen.

Und jetzt zum Thema Energieeinsparung durch das Abschalten der Straßenbeleuchtung zwischen 0.00 und 4.30 Uhr. Es ist ja ehrenwert, wenn Politiker sparen wollen; aber es darf nicht auf Kosten der Sicherheit und der Bürger gehen. Wieviel Geld wird überhaupt eingespart? Wird durch das häufige Ein- und Ausschalten die Lebensdauer der Lampen verkürzt? An vielen privaten Häusern würde die Außenbeleuchtung dann schon ab 21.00 oder 22.00 Uhr brennen, denn um 24.00 Uhr schläft der größte Teil der Bürger ja schon (und schaltet nicht erst dann die Außenleuchte an). Also brennt es doppelt. Wo bleibt denn da die Einsparung???

Und wenn schon abschalten, dann sollte die Polizeistunde eingehalten werden.

In den Nächten Freitag/Sonnabend und Sonnabend/Sonntag sollte nicht abgeschaltet werden, da hier mehr Bürger länger unterwegs sind. Bei dieser relativ unwichtigen Abstimmung im Gemeinderat war die WGN der SPD gegenüber einmal großzügig und ließ den Antrag durchgehen. Man soll es sich ja mit keinem verderben oder kleine Geschenke erhalten die Freundschaft.

Dieter Seeger



**Leserbriefe  
sind erwünscht!**

## Aktion Nordlicht

In der letzten Ausgabe des Neuwittenbeker Dorf-Geflüsters fanden Sie eine Beilage der Aktion 'Nordlicht'.

Dies ist nach 'Negawatt statt Megawatt' bereits die zweite Aktion der Universität Kiel. Projektleiter Friedemann Prose hierzu: „Wenn wir die drohende Klimakatastrophe verhindern wollen, muß jeder etwas gegen die Energieverschwendung tun.“

Es soll gezeigt werden, daß Energieeinsparungen durchaus möglich sind und sich in zweierlei Hinsicht lohnen, nämlich für die Umwelt - und den Geldbeutel.

Als besonders energiebewußt erweisen sich die Bürger im Kreis Rendsburg-Eckernförde: Von Verbrauchern aus dem gesamten Kreisgebiet gingen bis Anfang Januar 394 Rückmeldungen über die Installation Strom und Wasser sparender Geräte ein. Das Projekt wird bis Ostern fortgesetzt; wer also Sparlampen oder Spülkästen mit Spartaste installiert oder den alten Kühlschrank gegen ein energiesparendes Gerät austauscht, möge dieses der Projektleitung unter Beilage eines Kassenbons mitteilen.

Weitere Informationen unter der Anschrift: 'Energiesparen', Institut für Psychologie, CAU, Olshausenstr. 40, 2300 Kiel.

Ende Februar bestätigte der Maschinenring Eckernförde den Neuwittenbeker Wilhelm Radbruch im Amte des Vorsitzenden.

**NDR** 

## Ortsentwässerung

Um die Ortsentwässerung ist es etwas ruhiger geworden. Aktuell sieht es wie folgt aus: Die endgültige Abrechnung des I. Bauabschnittes (BA) verzögerte sich, wegen des in Konkurs gegangenen Bauunternehmers; mittlerweile soll aber auch dies erledigt sein. Der II. BA ist bereits abgerechnet. Beim III. BA gab es Verzögerungen wegen des Anschlusses der letzten Grundstücke. Im Bereich des IV. BA läuft seit Anfang Oktober 1991 die Pumpe. Parallel hierzu liefen Pflanzarbeiten im Klärwerksbereich. Der V. BA wird ein Gesamtvolumen von fast 1,2 Mill. DM haben; ein Zuschuß des Landes von 570.000 DM müßte dann aber fließen. In der letzten Gemeinderatssitzung gab der Bürgermeister bekannt, daß für den V. BA ein Antrag auf vorzeitigen Baubeginn gestellt wurde.



## Take Five

*5-Mann Tanzband*

Wir spielen nur

*für Sie*

bei jeder Gelegenheit!

*Oldies, Pop, Schlager, Walzer*

*Samba, Stimmung, Lambada*

*Gute Laune, tolle Musik ...*

Wir sind die Band, die Sie für Ihr Fest suchen !!

Rufen Sie uns einfach unverbindlich einmal an. Wir freuen uns!

Armin Ruschitzik  
Moorkoppel 2  
2300 Rammsee

Tel. (0431) 651135

# Kein neuer Konzessionsvertrag

Nach dem Umwelt- und dem Finanzausschuß sah nun auch der Gemeinderat keine Notwendigkeit mehr, einen neuen Konzessionsvertrag (in Verbindung mit dem Zusammenarbeitsvertrag) abzuschließen.

Was war geschehen?

Die SCHLESWAG ist entsprechend der neuen Konzessionsabgabenordnung, der der Bundesrat im Dezember zugestimmte, verpflichtet, auch bei Altverträgen die Konzessionsabgabe zu zahlen, ohne daß ein Neuvertrag incl. Zusammenarbeitsvertrag abgeschlossen wird. Der Neuwittenbeker Vertrag läuft noch bis zum Jahresende 1994.

Neuwittenbek befindet sich in der guten Gesellschaft von ca. weiteren 100 Gemeinden in Schleswig-Holstein, die ebenfalls noch keinem neuen Vertrag zugestimmt haben. Alle übrigen Gemeinden (ca. 1.000) haben bereits abgeschlossen, z.T. um in den Genuß der Konzessionsabgabe zu kommen, die bisher nur bei Neuverträgen an die Gemeinden gezahlt werden sollte.

Die Zeit arbeitet nun für uns; denn hätten auch wir (d.h. die Gemeinde Neuwittenbek) bereits neu abgeschlossen, wären wir bei einer Laufzeit von 20 Jahren Vertragspartner, ohne auf die Inhalte der Verträge Einfluß nehmen zu können. Bisher wurde von der SCHLESWAG eine Einflußnahme auf die Vertragstexte strikt abgelehnt: "Die Konzessionsverträge und Zusammenarbeitsverträge sind nicht verhandelbar."

Das mutet komisch an. Wie kann ein Vertrag dann "Zusammenarbeitsvertrag" heißen, wenn er letztlich doch nur ein Diktat sein soll?

Auch hier scheint sich etwas zu bewegen; so soll der Zusammenarbeitsvertrag freiwillig von den Gemeinden abgeschlossen werden können.

Unsere Gemeinde ist gut beraten, die Zeit bis zum Ablauf unseres Altvertrages sinnvoll zu nutzen, Rechtsfragen zu klären und um letztlich doch Einfluß auf Vertragsinhalt und -text zu nehmen.

Vielleicht bietet sich eine Zusammenarbeit mit den Gemeinden Felm, Neudorf-Bornstein

und Osdorf an, die ebenfalls noch vor dem Vertragsabschluß stehen.

Und zu guter Letzt kommt dann doch ein Vertrag mit der SCHLESWAG zustande, der das Wort "Zusammenarbeit" verdient; das scheint auch im Sinne des Versorgungsunternehmens zu sein (siehe Anzeige!).



## Stichwort: Konzessionsabgabe

Jede Gemeinde kann künftig Energieversorgungsunternehmen die Benutzung von öffentlichen Verkehrswegen für die Stromleitung in Rechnung stellen: mit einer Konzessionsabgabe. Das erlaubt eine neue Rechtsverordnung.

Grundlage für die Zulässigkeit von Konzessionsabgaben war bislang eine Anordnung aus dem Jahre 1941 (!). Folge war, daß seither die Kommunen ungleich behandelt wurden - je nachdem, ob vor dem Stichtag im Jahre 1941 eine Abgabenregelung mit dem Energieversorger bestand (in Schleswig-Holstein waren dies 85 Gemeinden).

Seit September 1990 gab es hier im Lande - auf Anregung von Energieminister Jansen - eine Vereinbarung zwischen den kommunalen Landesverbänden und der SCHLESWAG. Jede Gemeinde konnte danach die Abgabe erhalten, wenn 50% dieser Einnahmen für Energiesparmaßnahmen verwendet würden. (Für Neuwittenbek wären dies 4% des Durchschnittspreises/Kilowattstunde gewesen.) Ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts machte diese Regelung hinfällig, wie auch die Anordnung aus dem Jahre 1941. Deshalb die neue Verordnung.

Gestaffelt nach Gemeindegröße sollen jetzt feste Pfennigbeträge - vom Energieversorger an die Kommune - gezahlt werden. Feste Pfennigbeträge stellen allerdings keinen Anreiz für Energieeinsparung dar.

Schleswig-Holstein wollte zudem im Bundesrat (wie auch der Umweltausschuß des Bundestages), daß ein Teil der Konzessionsabgabe mit einer Zweckbindung für Energiemaßnahmen versehen werde. Das fand keine Mehrheit.

Freiwillig kann es aber trotzdem geschehen. So z.B. in Gettorf. Auch Neuwittenbeks SPD neigt dazu.

Auf der anderen Seite muß aber auch gesehen werden, daß sich durch die Konzessionsabgabe die Gewinnspanne für die SCHLESWAG reduzieren würde. Damit dies nicht geschieht, werden aller Voraussicht nach die Strompreise für die privaten Haushalte erhöht werden. Dem kann wiederum entgegengesteuert werden, wenn die Gemeinde auf die Konzessionsabgabe verzichtet (wie dies beispielsweise Holtsee beabsichtigt).

**SCHLESWAG und Gemeinden - eine dauerhafte Partnerschaft zum Vorteil aller Bürger beim Energiesparen und beim Umweltschutz**

Partnerschaft zahlt sich immer aus - auch in der Energieversorgung.

**Die Gemeinde will Energie sparen - z.B. bei der Straßenbeleuchtung - die SCHLESWAG hilft dabei.**

Partnerschaft eröffnet viele Möglichkeiten. Gemeinsamkeit führt zum Ziel.



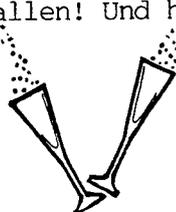
# Neuwittenbek hielt sich die Verfolger vom Hals Neuwittenbekerinnen weiter ungeschlagen Neuwittenbek baute seine Führung aus Neuwittenbek jetzt Titelfavorit Neuwittenbekerinnen vor dem Titelgewinn

Nicht erst seit diesem Jahr sorgen die Handballerinnen des TSV Neuwittenbek für positive Schlagzeilen; schon in den vergangenen Jahren zeigte sich ein stetiger Anstieg des Leistungsvermögens. Doch so überzeugend wie in dieser Saison hat sich das Team um Trainer Carsten Thams kaum zuvor präsentiert. Schon einen Spieltag vor Saisonende stand der Meister fest; bei 35:7 Punkten war die Ziellinie erreicht, uneinholbar für die folgenden Mannschaften.

In der ersten Kreisklasse Kiel errang diese Mannschaft des TSV Neuwittenbek die Meisterschaft. Dies ist der wohl größte sportliche Erfolg des Damenhandballs im TSV Neuwittenbek.

Mit nur zwei "Ausrutschern" - einer 12:16 Niederlage gegen den TSV Kronshagen und einem 13:19 gegen Suchsdorf - sowie drei Unentschieden, zeigte die Mannschaft eine konstante Leistung wie kaum zuvor. Kein Wunder also, daß auch die Presse mit überschwenglichen Titelzeilen von den meist überzeugenden Leistungen des Teams schwärmt. Jede Einzelne der zu Saisonbeginn stark verjüngten Mannschaft um Torfrau Manuela Schröder trug zum Erfolg bei.

Also, Andrea, Anja, Astrid, Bärbel, Birgit, Claudia, Dörte, Gisela, Katja und Katja, Manuela und Manuela sowie Yvonne, laßt die (Sekt-)Korken knallen! Und herzlichen Glückwunsch!



## Sportförderung durch den Kreis

Sport spielt eine wichtige kulturelle und gesellschaftliche Rolle.

Breitensport, besonders von Kindern und Jugendlichen betrieben, bedarf auch weiterhin der Förderung mit öffentlichen Mitteln. Spitzensportförderung ohne Sponsoren ist heute nicht mehr denkbar.

Diese Grundpositionen der Kreis-SPD finden auch ihren Niederschlag in den Sportförderrichtlinien des Kreises.

Der Kreis unterstützt mit erheblichen Finanzmitteln den außerschulischen Sport. Nicht nur die Städte, Ämter und Gemeinden, auch die Vereine werden bei Baumaßnahmen für Sportanlagen, Hallen und Heimen unterstützt. Zusätzlich wird die Anschaffung von Sportgeräten nach dem Grundsatz der Drittelfinanzierung (1/3 Kreis, 1/3 Gemeinde, 1/3 der Verein) gefördert. Dafür stellt der Kreis in diesem Haushaltsjahr 600.000 DM bereit; speziell für den Bau von Sport- und Schwimmstätten weitere 150.000 DM.

Der Verwaltungsvorschlag '92 des Sporthaushaltes sieht weitere Kürzungen in diesem Bereich vor. Dagegen wehren wir uns als Mitglieder des Sportausschusses vehement.

Die Bezahlung (Vergütung) der Übungsleiter und deren Aus- und Fortbildung wird vom Kreis mitgetragen. Dafür erhält der Kreissportverband jährlich 560.000 DM, der diese Gelder entsprechend den Anträgen den Vereinen zuteilt.

Die Kreis-SPD hat sich immer dafür eingesetzt, daß bei der Verteilung der Haushaltsmittel besonders die kleinen Vereine und die Vereine mit mitgliederstarken Kinder- und Jugendabteilungen berücksichtigt werden.

Darauf werden wir als SPD auch in Zukunft achten.

**Gudrun Brack/Wolfgang Weigerding**

(Verf. sind Kreistagsabgeordnete der SPD, Gudrun Brack zudem stellv. Vorsitzende des Sportausschusses des Kreises)



Im Rahmen der TSV-Jahreshauptversammlung Anfang März stand die Vergabe der gemeindlichen Sportehrenblätter an. Geehrte sind diesjährig Heinrich Hinrichs, TSV-Kassenwart, und Hans Petersen.

**Seit 1988:****Unser Land auf Erfolgskurs**

**Ute Erdsiek-Rave**  
in den Landtag!

**Schleswig-Holstein hat  
einen guten Namen**

**SPD****Siedlergemeinschaft**

Die Jahreshauptversammlung der Siedlergemeinschaft Neuwittenbek stand ganz im Zeichen von Ehrungen. Für ihre 40-jährige Mitgliedschaft im Deutschen Siedlerbund wurden Irmgard Schultka, Lucie Pirwitz und Erich Kotzur von der stellvertretenden Kreisvorsitzenden, Frau Lieselotte Ebel, geehrt. Für 30-jährige Mitgliedschaft wurden die Ehepaare Irene und Hans Kruse und Rosa und Gustav Schock mit goldener Brosche bzw. Ehrennadel ausgezeichnet. Die Mitgliederzahl der Siedlergemeinschaft stieg von 60 zu Beginn des Jahres 1991 auf nunmehr 68. Dem Vorstand wurde einstimmig Entlastung erteilt. Die Neuwahlen brachten keine wesentlichen Änderungen. Vorsitzender Dieter Seeger und Kassenleiterin Antje Ohms wurden in ihren Ämtern bestätigt. Zum neuen Fachwart als Ersatz für den aus Krankheitsgründen ausgeschiedenen Fritz Posingies wurde Bernd Radmacher gewählt. Neuer Kassenprüfer wurde Jens Radbruch, Ersatzmann Karl Thode. Der diesjährige Busausflug soll am 16. August nach Goslar gehen.

**Ende eines  
ungewöhnlichen Vereins ?**

Der Verein für Denkmalspflege hat für den 5. März 1992 zu einer Mitgliederversammlung eingeladen. Auf der Tagesordnung steht ein Antrag des Vorstands, den Verein aufzulösen. Bedeutet dies nach mehr als 40 Jahren das Aus für diesen etwas ungewöhnlichen Verein ?

Der Verein für Denkmalspflege, Neuwittenbek, wurde 1949 gegründet. Sein Ziel war, das bestehende Ehrenmal für die Gefallenen des 1. Weltkriegs so umzugestalten, daß es auch als Gedenkstätte für die Gefallenen des 2. Weltkriegs dienen konnte. Die Umbaukosten wurden aus den Beiträgen und Spenden der Vereinsmitglieder finanziert. Die Umgestaltung des Ehrenmals wurde im Herbst 1954 in Eigenleistung durchgeführt. In der Folgezeit bestand die Aufgabe des Vereins in der Pflege und Unterhaltung der beiden Neuwittenbeker Gedenkstätten, bei der Friedenseiche, für die Gefallenen der Kriege 1848 - 1850 und 1870/71, und des Ehrenmals für die Opfer der beiden Weltkriege.

Vorsitzende des Vereins waren von der Gründung bis zu seinem Tod Georg Radbruch, danach Fritz Jochimsen und in den letzten Jahren Wilhelm Radbruch. Die Aktivitäten des Vereins waren in den letzten Jahren nicht mehr sehr groß. Regelmäßige Versammlungen wurden wegen mangelnder Resonanz der Mitglieder nicht mehr durchgeführt; die letzte Mitgliederversammlung war z.B. im April 1984. Die Zahl der Mitglieder ist durch Todesfälle stark zurückgegangen, neue Mitglieder konnten kaum gewonnen werden. Und 47 Jahre nach Kriegsende ist allgemein die Erinnerung an die Opfer des Krieges doch schon stark verblasst. Trotzdem ist die Gemeinde Neuwittenbek in der Vergangenheit um den Verein für Denkmalspflege oft beneidet worden. Bei fast jedem Wettbewerb um das "Schöne Dorf" kam dies zum Ausdruck, wenn die Mitglieder der Bewertungskommission von der Existenz des Vereins und seinen Zielen erfuhren. Der Vorstand will seinen Antrag auf Auflösung des Vereins in der Versammlung mündlich begründen. Auch über die Verwendung des restlichen Vereinsvermögens soll in der Versammlung entschieden werden. Leider können wir wegen unseres Redaktionsschlusses über den Ausgang der Versammlung in dieser Ausgabe noch nicht berichten.

# Vor 100 Jahren

## Neuwittenbeker Post

Am 1. April 1892 wurde in Neuwittenbek eine Postagentur des Postamts Gettorf eingerichtet. Erster Postagent war der Halbhufner Marx Jöhnk. Er war im Hauptberuf Landwirt und bewirtschaftete das jetzige Anwesen Rudolf Petersen in Neuwittenbek. Die Postagentur war in seinem, noch jetzt erhaltenen Wohngebäude, Hauptstr. 23, untergebracht.

In der Zeit vor 1892 wurde Neuwittenbek vom Postamt Gettorf aus über die Landbriefzustellung postalisch versorgt, die in Gettorf am 1.8.1865 eingerichtet wurde. Die Landzustellung erfolgte an Werktagen zweimal täglich, am Sonntag einmal. Die Landbriefträger hatten dabei zwischen 30 und 40 Kilometer am Tag zu Fuß zurückzulegen.

Vorher war die Bevölkerung auf Selbsthilfe angewiesen. Postalische Angelegenheiten mußten in Kiel oder Gettorf erledigt werden. Annahme- und Abholstellen waren meistens bestimmte Gastwirtschaften. In Kiel war dies zum Beispiel eine Gastwirtwirtschaft und Fuhrunternehmen Kistenmacher, Am Großen Kuhberg 13. Das Gut Warleberg wurde bei Bedarf durch private Boten versorgt.

Zum Bereich der Postagentur Neuwittenbek gehörten die Ortsteile Neuwittenbek, Altwittenbek, Charlottenhof und Kanalweiche.

Die Postversorgung erfolgte über die Reichsbahn und eine sogenannte Schaffner-Bahnpost. Zweimal täglich mußte am Bahnhof Neuwittenbek die Post abgeholt und abgesandt werden.

Einen großen Umfang nahm damals die Versorgung mit Zeitungen ein. So gab es um 1900 ca. 60 Postbezieher von Zeitungen im Ort. Die Zeitungen wurden von den Ortsewohnern meistens persönlich in der Postagentur abgeholt. Neben dem Postagenten wurde ein Zusteller beschäftigt. Die Zahl der mit Post zu versorgenden Einwohner betrug damals

1894: 266 im Ort und 432 im Landbereich

1898: 251 im Ort und 212 im Landbereich

1903: 207 im Ort und 146 im Landbereich

Der große Unterschied bei den Personen im Landbereich ist sicherlich durch die beim Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals beschäftigten Arbeiter zu erklären.

Am 20.04.1896 wurde in der Postagentur eine Telegraphenstelle mit beschränktem Tagesdienst eingerichtet. Sie nahm in den ersten Jahren knapp 100 Telegramme jährlich an.

Am 16.07.1902 wurde in der Postagentur auch eine öffentliche Fernsprechstelle eingerichtet, die im Jahre 1903 immerhin schon 430 Telefongespräche vermittelte.

Um die gleiche Zeit wurden in Neuwittenbek auch die ersten privaten Fernsprechanträge gelegt. Im "Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen im Ober-Postdirektionsbezirk Kiel" für das Ortsfernprechnetze Gettorf aus dem Jahre 1903



Stellmacherei und Posthalterei Puls  
(jetz Grundstück Doose, Bahnhofstr.)

ist unter der Nummer 12 zum Beispiel "Strauch, H., Gutsbesitzer, adl. Gut Warleberg" aufgeführt. Das Fernsprechnetzt Gettorf hatte damals ganze 28 Teilnehmer. Den ersten Telephonanschluß in Neuwittenbek erhielt um die gleiche Zeit Dr. Anton Schifferer, der im Jahre 1903 das Gut Charlottenhof erworben hatte. Durch seinen großen politischen Einfluß gelang es ihm sogar, einen Anschluß an das Fernsprechnetz Kiel zu erhalten. Hierauf ist es übrigens zurückzuführen, daß Altwittenbek auch heute noch an das Ortsnetz Kiel angeschlossen ist.

Im Jahre 1911 wurde die Postagentur von dem Stellmachermeister Johannes Puls übernommen. Puls war Gutsstellmacher auf Gut Rathmannsdorf gewesen und hatte sich um 1910 in der Bahnhofstraße in Neuwittenbek selbständig gemacht. Damit zog auch die Postagentur in das jetzige Haus Bahnhofstr. 12, jetzt Doose, um.

Am 16.09.1935 wurde die Postagentur in eine Poststelle II umgewandelt, der Postagent Johannes Puls wurde zum Posthalter ernannt. Die Postversorgung Neuwittenbeks wurde zum gleichen Zeitpunkt von der Bahnpost auf Landkraftpost - d.h. auf Versorgung mit Kraftfahrzeugen - umgestellt.

Am 31.03.1948 gab Johannes Puls aus Altersgründen das Posthalteramt auf. Nachfolgerin wurde Dora Willrodt, geb. Jöhnk, und damit zog die Poststelle Neuwittenbek bis zu ihrer Auflösung in den Gasthof "Zur Linde". Max Willrodt war als Zusteller angestellt, bis er am 01.10.1950 selbst das Amt des Posthalters übernahm. Die Poststelle war offiziell werktags von 8.00 bis 9.30 Uhr und sonntags von 9.00 bis 10.00 Uhr für den Schalteredienst geöffnet. Durch die unmittelbare Nähe zur Gastwirtschaft wurden die Kunden aber auch zu anderen

Zeiten meist nicht abgewiesen.

Am 1.10.1957 verlor das Postamt Gettorf seine Selbständigkeit, es wurde dem Postamt Kiel unterstellt. Gleichzeitig wurde auch die Poststelle II Neuwittenbek an das Postamt Kiel angegliedert. Die postdienstliche Bezeichnung änderte sich von "Neuwittenbek über Gettorf" in "Neuwittenbek über Kiel". Auch die postalische Versorgung erfolgte jetzt per Landkraftpost von Kiel aus.

Am 1.10.1969 wurde eine weitere organisatorische Änderung durchgeführt. Die Poststelle II Neuwittenbek wurde in eine reine Annahme-Poststelle umgewandelt, d.h. die



Tagesstempel der Poststelle II Neuwittenbek aus dem Jahre 1969

Zustellung wurde von nun an vom Postamt Gettorf aus vorgenommen.

Am 28.02.1977 schließlich wurde die Poststelle Neuwittenbek wegen mangelnden Verkehrsaufkommens aus Anlaß des Ausscheidens des Posthalters Max Willrodt wegen Erreichung der Altersgrenze ganz aufgehoben. Damit nahm die Geschichte einer eigenen Post in Neuwittenbek endgültig ein Ende. Seitdem werden die Neuwittenbeker nur noch durch die fahrenden Postzusteller des Postamts Gettorf betreut.

Kiel.

1. **Brouër**, Hauptmann a. D., Gutsbesitzer, Augustenhof.
- (9) **Callisen**, Gutspächter, Noer.
2. **Dibbern, F.**, Gastwirt, Osdorf.
3. **Frahm, Heinrich**, Vieh- und Pferdehändler, Kieler Chaussee.
22. **Gäde, J. H.**, Gutspächter, Rathmannsdorf.
15. **Güterabfertigung, Königl.**, Bahnhof.
4. **Hamann, E.**, Gutsbesitzer, Borghorst
19. **Hanssen, W.**, Gutspächter, Gross-Königsförde.
5. **Harcensec**, Gutsbesitzer, Borghorster Hütten.
11. **Henneberg, Georg**, Gutsbesitzer, Hohenholm.
7. **Höllwig**, Dr., prakt. Arzt, Herrenstr.
6. **Holst, G.**, Dr., Drogen- und Weinhandlung, Inhaber Adolf Harnsen, Apotheker, Herrenstr.
8. **Holzmann & Co.**, Bauunternehmer, Ziegelei, Gross Nordsee.

26. **Krützfeldt, F.**, Brauerei, Teichstr.
- (9) **Küseler, H.**, Gutspächter, Grönwohld.
18. **Meier, Carl**, Gutspächter, Behrensbrook.
- (9) **Noer**, Gräfin, Gutsbes., Noer.
9. **Noer**, Gutsverwaltung, Gutsinspektor Olde.
- (9) **Noer**, Forstverwaltung, Förster Jensen.
10. **Reventlow**, Graf, Gutsbesitzer, Wulfshagen.
24. **Rosenkrantz**, Baronin Emmy v., in Rosenkrantz.
- (24) **Rosenkrantz, Richard**, Freiherr-Weber v., in Rosenkrantz.
23. **Schröder, Edgar**, Gutsbesitzer, Grünhorst.
20. **Schütt, Carl**, Gastwirt, Gasthof Landkrug.
12. **Strauch, H.**, Gutsbesitzer, adl. Gut Warleberg.
13. **Tetzner, Carl**, Gastwirt, Eichstr.
14. **Wehber, H.**, Gutsbesitzer, Wulfshagener Hütten.
28. **Wiese, J.**, Pumpenmacher und Maschinenbauer.

Auszug aus dem „Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechnetzen im Ober-Postdirektionsbezirk Kiel, aufgestellt bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion in Kiel im Dezember 1903“